

Bericht des Landrats zur Kreistagssitzung am Dienstag, dem 2. November 2021

Stabsbereich Landrat

Elektromobilitätstag am 20. November 2021 in Idstein

Am 20. November 2021 wird der Rheingau-Taunus-Kreis gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien einen Elektromobilitätstag im Zentrum Idsteins in der Schulze-Delitzsch-Straße durchführen. Vor Ort werden aktuelle Elektroautos verschiedener Anbieter, Wasserstofffahrzeuge, Elektrofahrräder und Elektronutzfahrzeuge vorgestellt. Vorträge in der Stadthalle wie beispielsweise zur Frage: „Wie finde ich das passende E-Auto für mich?“ bieten den Besucherinnen und Besuchern ergänzende Informationen.

Livestream Mobilitätskonzept 25. November 2021, 18 Uhr

In einem Livestream am 25. November 2021 aus dem Kreishaus wird den Bürgerinnen und Bürgern das vom Kreistag beschlossene Mobilitätskonzept vorgestellt. Der Auftakt zum Livestream ist ein Interview mit Herrn Staatsminister Tarek Al-Wazir. Im Anschluss daran werden aktuelle Themen aufgegriffen, z. B. wie der öffentliche Verkehr im Rheingau-Taunus-Kreis vom Schülerverkehr zu einem flächendeckenden, bedarfsgerechten Angebot werden kann, und über die neuesten Entwicklungen berichtet.

Der Livestream kann unter www.zusammen-zukunft.de verfolgt werden.

Umfrage zur LEADER-Region Taunus

In der LEADER-Region Taunus wird derzeit eine Lokale Entwicklungsstrategie erarbeitet, die Grundlage für die erneute Bewerbung als LEADER-Region in der Förderperiode 2023 - 2027 sein wird. Um die Schwerpunkte der Strategie zu bestimmen, wird eine Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner der Region durchgeführt, an der man unter <https://regionalmanagement-taunus.de/ueber-uns/> teilnehmen kann.

Zensus 2022

Die Abschottung der Erhebungsstelle (EHST) ist abgeschlossen und wurde vom Hessischen Statistischen Landesamt am 29. Oktober 2021 abgenommen. Nach einem letzten Vorstellungsgespräch Mitte Oktober wird das Mitarbeiterteam Anfang November vollständig besetzt sein.

Aktuell beginnt die EHST mit der Rekrutierung der Erhebungsbeauftragten, die als Interviewerinnen und Interviewer die Befragung in den Haushalten und Gemeinschaftsunterkünften übernehmen werden. Insgesamt werden ca. 180 Personen dafür benötigt. Die ersten Schulungen der Mitarbeitenden werden von der EHST-Leitung vorbereitet und bis Ende des Jahres durchgeführt.

Öffentlicher Personennahverkehr (Bericht des Dezernenten Günter F. Döring)

Schülerverkehr im Rheingau zum Schulstandort Ursulinen-Gymnasium/Rheingauschule: Aufgrund von Hinweisen aus der Elternschaft ab dem 2. September 2021 ist die RTV unverzüglich und sehr arbeitsintensiv Klagen nachgegangen, dass die VIAS-Bahn der Linie RB 10 um 7.12 Uhr ab Niederwalluf überfüllt sei, die Schulkinder sich an Corona anstecken könnten; die Abstandsregel von 1,50 m in Bus und Bahn nicht gelten; viele Züge nachmittags von Geisenheim in Richtung Wiesbaden ausfallen und dass die Schulbusse unpünktlich fahren und überfüllt sind.

RTV kooperiert hier eng mit RMV, gesetzlich zuständig für den Schienenverkehr. Auf die Beschlussfassung des Kreistages wird Bezug genommen. Dazu wurde im UMTK am 26. Oktober 2021 vom RTV-Dezernenten ein umfänglicher, mündlicher Bericht gegeben, der in schriftlicher Form sowohl dem UMTK als auch dem Kreistag noch vorgelegt wird.

Festzustellen ist, dass Überfüllungen in Bahn und Bussen nicht festgestellt wurden und die Busse pünktlich fahren. Zur Aufhebung der Abstandsregel in Bus und Bahn wird sich strikt an die Vorgaben der Hess. Landesregierung gehalten, die der besorgten Elternschaft wohl nicht bekannt sind.

Salzbachtalbrücke: Die RTV ist unverzüglich nach Bekanntwerden der Sperrung an ESWE-Verkehr herantreten und hat Hilfe angeboten. In diesem Zusammenhang wurde auf Hinweis von Bürgermeister Steinmacher, Kiedrich, die Buslinie 172 bis zum Hbf. Wiesbaden verlängert und verstärkt. Seitens der Landeshauptstadt wurde die RTV dafür ausdrücklich gelobt. Auf die Beschlussfassung des Kreistages wird Bezug genommen, ein Sachstandsbericht wird noch vorgelegt. Dies wurde dem UMTK schriftlich mitgeteilt, dieser schriftliche Bericht wird auch dem Kreistag übersandt.

Einführung von Pfortnerampeln auf den Zufahrten zur Landeshauptstadt Wiesbaden: Die RTV ist unverzüglich nach Kenntnis der Einführung an die Landeshauptstadt Wiesbaden herantreten und hat um Abhilfe gebeten. Angeboten wurde Unterstützung bei der Einrichtung von Busspuren usw. Seitens der Landeshauptstadt ist ein Besprechungstermin zur Thematik nunmehr am 18. November 2021 avisiert.

Sichtbare Sicherheit Das Projekt wird im November 2021 im Rheingau fortgeführt.

ÖPNV Digital On Demand (DoD): Auf den Erfahrungsbericht zu EMIL in Taunusstein wird verwiesen. Von RTV wurde der DoD-Verkehr im Zweckverband Rheingau den Bürgermeistern vorgestellt. In Idstein wird es wohl auch zu einem DoD-Verkehr kommen, wenn die Stadtverordnetenversammlung dem neuen Buskonzept für Idstein zustimmt.

Aktueller Sachstand KWB-Projekte

Stand der aktuellen Projekte November 2021								
VE	Standort	Anzahl WE	Bau genehmigung	Bauleistung ausgeschrieben	Bauausführung begonnen	Fertigstellung Hochbau	Fertigstellung Außenanlagen	Erstbezug
309	Hahner Mitte Taunusstein-Hahn	57 Stück			03 / 2020	65%	10%	06 / 2022
313	Gottfried-Keller-Straße Taunusstein-Hahn	72 Stück			03 / 2020	85%	0%	12 / 2021
312	Wiesbadener Straße Heidenrod-Laufenselden	14 Stück			01 / 2019	100%	90%	bezogen
277 + 278	Am Brennofen 3+4 5+6 Geisenheim	27 Stück				0%	0%	bewohnt
nn	Im Altenhof 7 - 13 Idstein	21 Stück				0%	0%	6 / 2024

Übernahme der Dienstherreneigenschaft des KGRZ durch die Landeshauptstadt Wiesbaden / Auflösung KGRZ

Das Kommunale Gebietsrechenzentrum Wiesbaden Körperschaft des öffentlichen Rechts in Liquidation (KGRZ) sollte nach Einstellung seines operativen Geschäfts gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 16. Oktober 2003 und einer entsprechenden Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 19. Januar 2004 aufgelöst werden. Voraussetzung für die Auflösung war die Übernahme der Dienstherreneigenschaft der Beamten des KGRZ durch eine Rechtsperson.

Die ehemals tariflich Beschäftigten des KGRZ sind mittlerweile verrentet oder bei anderen Arbeitgebern beschäftigt. Von 19 noch verbliebenen Versorgungsempfängern (ehemals aktive Beamte, Stand 2019) sind neun in endgültigem Ruhestand, vier sind bereits verstorben, so dass Hinterbliebenenversorgung zu leisten ist. Ein Versorgungsausgleich nach Scheidung wird gewährt und fünf Beamte befinden sich im einstweiligen Ruhestand.

Bereits seit 2005 dauerten Gespräche zur Übernahme der Dienstherreneigenschaft u. a. mit dem Hessischen Innenministerium und dem Regierungspräsidium Gießen an. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hatte der Übernahme der Dienstherreneigenschaft dann am 17. November 2016 grundsätzlich zugestimmt.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Beteiligten wurde mit Kreistagsbeschluss vom 27. August 2019 (KT X 20/2019) der Übernahme der Dienstherreneigenschaft des in Liquidation befindlichen KGRZ durch die Landeshauptstadt Wiesbaden ab 1. Januar 2020 per Vereinbarung zugestimmt. Nach Abschluss der Übernahme sollte die endgültige Liquidation des KGRZ erfolgen.

Aufgrund des komplexen Sachverhaltes und auch Corona-bedingt kam es zwischen der LH Wiesbaden und dem KGRZ bis dato zu keinem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung.

Wie die Geschäftsführung des KGRZ mit Schreiben vom 11. Oktober 2021 mitteilt, hat die Landeshauptstadt Wiesbaden nunmehr eine Anwaltskanzlei mit der Thematik der Übernahme beauftragt, darüber hinaus steht noch eine Antwort der Unterstützungskasse zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung aus. Das KGRZ hat das Ziel, die Übernahme durch die LH Wiesbaden bis zum 31. Dezember 2021 einer endgültigen Regelung zuzuführen. Sobald die Übernahme durch die LH Wiesbaden erfolgt ist, wird der Kreistag hierüber per Mitteilungsvorlage unterrichtet.

Büro für Gleichstellungsfragen und Frauenangelegenheiten

Am 4. Oktober 2021 hat der Arbeitskreis der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Rheingau-Taunus-Kreises online getagt. Dabei wurden u. a. vielfältige Aktionen zum Tag gegen Gewalt an Frauen besprochen und koordiniert. In diesem Jahr werden sich auch weitere Kommunen an der „orangelight-Aktion“ beteiligen.

Am 22. September 2021 wurden die Bürgermeister des Rheingau-Taunus-Kreises anlässlich der Bürgermeisterdienstversammlung auf die Aufgaben nach § 4b HGO und nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz hingewiesen.

Im November 2021 wird die Re-Auditierung berufundfamilie durchgeführt. Hierfür wird die Auditorin mit der Führungsebene, dem Personalrat sowie einigen Beschäftigten Gespräche zum Umsetzungsstand der beschlossenen Maßnahmen führen. Im Laufe des Verfahrens wird eine neue Zielvereinbarung erarbeitet und im Januar 2022 voraussichtlich die Verlängerung des Zertifikates erteilt.

„Teilhabe an der Gesellschaft im Rheingau-Taunus-Kreis – Frauen im interkulturellen Kontext“

Das Projekt wird durch das Landesprogramm „WIR“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration gefördert. Die Koordination des Projektes ist in der Stabsstelle „Integration und Projektakquise“ angesiedelt. Ziel des Projektes ist es, geflüchtete Frauen und damit auch ihre Familien im Orientierungs- und Integrationsprozess zu unterstützen. Dazu gehört die Förderung ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklungsprozesse sowie die Entwicklung von Möglichkeiten zur Teilhabe an der Gesellschaft und am Gemeinwesen.

Dabei stehen sprachliche, alltagspraktische und auch berufsorientierende Themen im Blickfeld. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Förderung und Wertschätzung der Kompetenzen der Frauen gelegt. Mit Beginn des Projektes 2020 sind insgesamt zwei Frauengruppen gestartet. Diese haben sich etabliert und zu Frauennetzwerken entwickelt. Insgesamt erreicht das Projekt mit seinen Angeboten ca. 50 Frauen/Familien.

In enger Kooperation mit dem Projekt „Frauen kommen weiter“ der Stiftung CITOYEN, das durch das Land Hessen sowie aus Mitteln der Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis gefördert wird, werden Kompetenzen und Qualifikationen der Frauen in den Blick genommen, um in verschiedenen Lebensbereichen selbstverantwortlich und selbstbestimmt agieren zu können und persönliche und berufliche Ziele zu erreichen.

Auch im Rahmen der Interkulturellen Woche sind die beiden Frauengruppen jährlich aktiv. In diesem Jahr konnten interessierte Frauen, unter Anleitung zweier Künstlerinnen, gemeinsam kreativ arbeiten. Die entstandenen Kunstwerke wurden im Rahmen des Empfanges zum Ausklang der Interkulturellen Woche 2021 präsentiert. Ein Selbstbehauptungskurs konnte durchgeführt werden und ist bei den Teilnehmerinnen auf positive Resonanz gestoßen.

Darüber hinaus hat in Taunusstein mit der dortigen Seniorinnentanzgruppe ein Tanznachmittag unter dem Titel „Tanzen verbindet Leib und Seele“ großen Anklang gefunden.

Fachbereich I - Zentrale Steuerung

Personalsituation im Fachdienst Recht

Der Fachdienst Recht ist aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle bereits über einen längeren Zeitraum sowohl im Bereich der Justitiarinnen/Justitiare als auch im Bereich der Verwaltungskräfte personell ausgedünnt. Dadurch kommt es bei der Bearbeitung einzelner Vorgänge zu zeitlichen Verzögerungen, weil Prioritäten gesetzt werden müssen (Terminsachen etc.). Es ist aktuell nicht abzusehen, wie sich der Krankenstand entwickelt.

Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

Die GemHVO wurde mit Verordnung zur Änderung der GemHVO vom 30. Juli 2021 geändert. Die Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt erfolgte am 13. September 2021. Grundsätzlich sind die Neuregelungen weitestgehend ab dem Haushaltsjahr 2022 anzuwenden.

Die Verwaltung wird die Änderungen bezüglich der Erstellung des Haushaltsplanes und des Jahresabschlusses sowie die entsprechenden Änderungen der Muster zeitnah vornehmen.

Überörtliche Prüfung Kommunalen Körperschaften / 239. Vergleichende Prüfung „Vorbericht Haushaltsplan“

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 hat der Präsident des Hessischen Rechnungshofes dem Rheingau-Taunus-Kreis eine Prüfungsankündigung für die 239. Vergleichende Prüfung „Vorbericht Haushaltsplan“ übersandt. In die Prüfung werden alle Landkreise, kreisangehörigen Gemeinden einschließlich der Sonderstatusstädte sowie die kreisfreien Städte einbezogen. Insgesamt werden die Vorberichte von 443 Körperschaften ausgewertet und analysiert. Ein Vorbericht ist nach § 1 Absatz 4 Ziffer 1 GemHVO dem Haushaltsplan beizufügen. Die gesetzlichen Vorgaben zum Vorbericht sind in § 6 GemHVO festgelegt.

Als Basisjahr für die Analyse und Auswertung der Vorberichte wird das Haushaltsjahr 2021 festgelegt. Die Erhebung und Auswertung des Rheingau-Taunus-Kreises soll im Zeitraum 1. April 2023 bis 31. Dezember 2023 erfolgen.

OZG / Online-Zugangs-Gesetz

Um die gesetzlichen Forderungen für die Umsetzung des OZG-Gesetzes bis Ende 2022 zu erfüllen, verfolgt der Rheingau-Taunus-Kreis die Strategie zunächst die vom Land Hessen entwickelten und zertifizierten Online-Anträge zu übernehmen und hier die weitere digitale Bearbeitung innerhalb der Verwaltung zu ermöglichen. Antragsprozesse, die nicht vom Land Hessen angeboten werden, sollen nach einer Priorisierung sukzessive analysiert, entwickelt und eingerichtet werden. In diesen Fällen kann eventuell auch auf Prozessbibliotheken der ekom21 oder des hessischen Landkreistages zurückgegriffen werden. Für die Nutzung der Online-Services wurde mit Unterstützung des Landes Hessen ein Mandant für den RTK auf der Verwaltungsplattform civento bei der ekom21 eingerichtet.

Dort stehen digitale Antragsverfahren im Bereich der Zulassung, der Fahrerlaubnis und bei der Jugendhilfe für die Nutzung bereit. Diese können über das Verwaltungsportal oder die Informationsseiten der jeweiligen Bereiche auf der Homepage des Kreises aufgerufen werden.

Verwaltungsintern wurde ein Mitarbeiterportal für die digitale Erfassung der Arbeitszeit und der Abwesenheitsanträge sowie die Bereitstellung der Gehaltsnachweise realisiert. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit der digitalen Versendung der Briefpost.

Sachstand Cybersicherheit

Im Jahr 2018 haben wir ein Projekt gestartet mit dem Ziel, alle Schwachstellen bezüglich der IT-Sicherheit für die gesamte Kreisverwaltung sowie deren Handhabung seitens der Bediensteten BSI-Grundschutz-konform zu schließen. Die speziellen Systeme der Rettungsleitstelle und des Katastrophenschutzes waren nicht Bestandteil dieses Projektumfanges. Die Projektgruppe – bestehend aus Mitarbeitern der ekom21, der T-Systems und unseres Fachdienstes EDV – hatte im Rahmen des Projektes eine Schwachstellenanalyse durchgeführt und darauf basierend einen Maßnahmenkatalog erarbeitet.

Nach Ausbruch der Corona-Pandemie wurde das Projekt wegen Kapazitätsengpässen und wegen der zu Corona-bedingten Interims-Einrichtungen kontraproduktiven Umsetzungsmaßnahmen zunächst nicht weiterverfolgt.

Wegen der Fluktuation und fehlenden Bewerbungen für IT-Stellenbesetzungen ist die personelle Situation im Fachdienst EDV angespannt. Ungeachtet dessen ist beabsichtigt den Maßnahmenkatalog schrittweise umzusetzen, um die IT-Sicherheit der Kreisverwaltung noch weiter zu verbessern.

Trinkwasserspender an Schulen

An acht weiterführenden Schulen werden derzeit Trinkwasserspender installiert: Gutenberg-schule Eltville, Gymnasium Eltville, Hildegardisschule Rüdesheim, Rheingauschule Geisenheim, Pestalozzischule Idstein, Limesschule Idstein, Aartalschule-Aarbergen-Michelbach und Gymnasium Taunusstein-Bleidenstadt. Nach und nach werden weitere Schulen ausgestattet, mit dem Ziel, flächendeckend alle Schulen mit einem Trinkwasserspender zu versorgen.

Schulschwimmen

In Absprache mit dem Staatlichen Schulamt wurde den Schulen die Möglichkeit angeboten, in den Herbstferien zusätzliche Schwimmkurse in den Hallenbädern in Wiesbaden zu absolvieren. Lediglich zwei Schulen hatten Interesse bekundet, dieses allerdings wieder zurückgezogen, nachdem es die Voraussetzung gab, dass mindestens eine Lehrkraft der Schule bei dieser schulischen Veranstaltung anwesend sein muss. Auch für nach den Herbstferien hat bisher lediglich eine Schule Schwimmzeiten nachgefragt. Aufgrund der geringen Nachfrage wurde die Idee der Errichtung einer Traglufthalle über einem Freibad im RTK nach Rücksprache mit dem Staatlichen Schulamt erst einmal zurückgestellt, da diese Maßnahme mit einem erheblichen Kosten- und Personalaufwand verbunden wäre und der Bedarf der Schulen derzeit nicht so groß ist wie ursprünglich angenommen.

Das Schwimmbad der Walluftalschule konnte längere Zeit nicht genutzt werden, da in den Duschköpfen und Armaturen Legionellen festgestellt wurden. Diese wurden nochmals desinfiziert, gespült und erneut beprobt. Das Ergebnis der Wasserproben liegt mit Stand 28. Oktober 2021 vor. Es besteht keine Legionellen-Belastung mehr. Das Bad kann daher ab sofort wieder genutzt werden.

Verpflichtende Vorlaufkurse

An 22 Schulstandorten im RTK finden Vorlaufkurse statt (meist an den Schulen, teilweise auch in den Kindertagesstätten). Das Hessische Kultusministerium hat bekräftigt, dass weite und kostenintensive Einzelbeförderungen vermieden werden und bei betroffenen Einzelfällen die Lehrkräfte an den Kindertagesstätten unterrichten sollen.

Staatliches Schulamt

Die bisherige Leiterin des Staatlichen Schulamtes, Frau Claudia Keck, hat eine neue Aufgabe im Hessischen Kultusministerium übernommen. Bis auf Weiteres führt Frau Sabine Schaetzke, stellvertretende Leiterin des Staatlichen Schulamtes, die Amtsgeschäfte.

Erich-Kästner-Schule Idstein

Frau Sabine Hegenbarth, Leiterin der Erich-Kästner-Schule Idstein, ist nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben.

Schulbesuche durch das Hessische Kultusministerium

Das Hessische Kultusministerium hat für den November 2021 Schulbesuche an der Gutenberg-schule Eltville zum Schulprojekt sowie an den Beruflichen Schulen Rheingau und Untertaunus zum Thema „Zukunftsfähige Berufsschulen“ angekündigt.

Sachstand Generalsanierung Waldbachschule Eltville-Hattenheim

Die Ergebnisse der Schadstoffuntersuchungen liegen mittlerweile vor, es wurden außer den üblichen dem Gebäudealter entsprechenden Materialien keine Schadstoffe gefunden. Derzeit finden die finalen Abstimmungen für die Ersatzcontainer statt. Hierfür wird der Bauantrag kurzfristig gestellt. Baubeginn ist weiterhin für Februar 2022 geplant.

Photovoltaikanlage Neubau Betreuungsgebäude und Bibliothek Theißtschule

Die vom Kreistag am 21. September 2021 beschlossene Ergänzung, im Rahmen des Neubaus des Betreuungsgebäudes und der Bibliothek an der Theißtschule eine Photovoltaikanlage zu realisieren, wird in die weiteren Planungsschritte mit aufgenommen. Derzeit werden die Ausschreibungsverfahren für die Architektenleistungen ab Leistungsphase 4 und für die Fachplanungsleistungen vorbereitet.

Photovoltaikanlagen bei Neubauten und allgemein

Bei Neubaumaßnahmen an Schulen werden die Dachflächen der Gebäude statisch immer so ausgeführt, dass die Errichtung einer Photovoltaikanlage generell möglich ist. Bislang wurden an 14 Schulstandorten Photovoltaikanlagen errichtet. Der RTK stellt die Dachflächen zur Verfügung, der Bau und Betrieb der Anlagen erfolgt durch Dritte (Solarprojekt Rheingau-Taunus GmbH, Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH, BürgerSolar-Eltville GmbH). Zuletzt wurden Anlagen am Gymnasium Taunusstein und an der Wiedbachschule/Janusz-Korczak-Schule Bad Schwalbach durch die Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus errichtet und in Betrieb genommen. Für Anfang 2022 ist der Bau einer Photovoltaikanlage an der John-Sutton-Schule in Kiedrich durch die BürgerSolar-Eltville geplant.

Aktuelle Förderrichtlinie zum Förderprogramm für die Anschaffung von mobilen Luftreinigungsgeräten durch öffentliche und freie Träger für Schulen und Kindertageseinrichtungen (Förderrichtlinie mobile Luftreinigungsgeräte)

Über das aktuelle Förderprogramm sollen neben den bereits angeschafften rund 650 Luftreinigungsgeräten für die Schulen über das letzte Förderprogramm nun noch weitere 20 Geräte für die Schulen des Kreises angeschafft und abgerechnet werden. Die Privatschulen wurden angeschrieben und müssen bis zum 8. November 2021 ihren Bedarf melden, ebenso die KiTas. Antragsschluss für Anträge bei der WIBank auf vorläufige Bewilligung der Fördermittel ist der 15. November 2021.

Neustart der Kulturszene im Rheingau-Taunus-Kreis

Förderprogramm für Kulturschaffende, Kulturvereine und Institutionen im Rheingau-Taunus-Kreis, die die Voraussetzungen für Landes- und Bundesförderprogramme nicht erfüllen können (Anzahl der Veranstaltungen/geforderte Budgets oder Technik): Die Antragsfrist endete am 31. August 2021. Es wurden insgesamt 29 Anträge aus 14 Städten und Gemeinden über die Bürgermeister eingereicht. Vertretene Kultursparten: Musik/Gesang, Theater, Literatur, Film, Kunst und kulturelle Bildung. Von den bereitgestellten Mitteln in Höhe von 60.000 Euro kamen 48.304 Euro zur Auszahlung. Zu den beiden Übergabeterminen (12. Oktober 2021 Brömserburg Rüdesheim und 19. Oktober 2021 Barockhaus Laufenselden) erschienen die Kulturschaffenden und berichteten von ihrer Situation und von ihren Vorhaben. Dabei wurde sehr deutlich wie wichtig außer der Förderung auch die Wertschätzung und Vernetzung sind.

Ausstellung im Kreishaus

Am 13. August 2021 jährte sich der Bau der Berliner Mauer zum 60. Mal. Anlässlich des Gedenktages zeigte der Kreis die Plakatausstellung „Die Mauer“ der Bundesstiftung Aufarbeitung im 2. Stock der Kreisverwaltung. Vernissage und Vortrag waren gut besucht. Die gerahmten Plakate können nun an Schulen und andere Kultureinrichtungen ausgeliehen werden.

Kreisonleihe

Als einziger Landkreis in Hessen haben wir seit Ende 2019 eine Kreisonleihe, ein wichtiger Baustein zur Förderung der Zukunftsfähigkeit von Bibliotheken und zur Verbesserung der Vergleichbarkeit von Lebensverhältnissen/Zugang zu Bildung im städtischen und ländlichen Raum.

Die Onleihe wird kreisweit gut genutzt, wenn auch unterschiedlich in den einzelnen Orten. Der Onleiheverbund Hessen ist der leistungsstärkste Onleiheverbund in Deutschland mit über 90 Mitgliedsbibliotheken, mehr als 320.000 Ausleihen und mehr als 268.000 Medien. Die Nutzung ist in der Corona-Zeit sehr stark angestiegen. Mehrfach habe ich in diesem und letzten Jahr unsere relativ neue technische Infrastruktur für Testausweise für alle Hessinnen und Hessen freigegeben, die noch keinen Bibliotheksausweis ihrer Bibliothek vor Ort besitzen. Das Interesse daran war groß: Mehr als 12.000 zeitlich begrenzte Testausweise wurden auf diese Weise ausgegeben, viele davon besorgten sich im Anschluss einen Bibliotheksausweis der Bibliothek vor Ort.

Den Bibliotheken im Kreis steht ein sog. „E-Circle“ zur Verfügung, der für Werbeaktionen, Tage der Offenen Tür und ähnliches genutzt werden kann, die Onleihe sichtbar und begreifbar macht und kostenfrei im Medienzentrum ausgeliehen werden kann. Die Fachstelle für öffentliche Bibliotheken bietet immer wieder Schulungen für Anfänger und Fortgeschrittene an.

Lesefest und Bibliotheken

Die digitalen Möglichkeiten des Lesefestprogramms 2020/2021 wurden gut genutzt: Online Autorenlesungen und Schreibwerkstätten, Lizenzen für digitale Rallyes, Quiz und Leseförder-Apps wurden in Schulen und Bibliotheken eingesetzt, machten allerdings einen erheblichen Beratungsaufwand nötig.

Die mobile, modulare Bibliothek „Weltretter-Bibliothek - to go“, unsere „Green Library“ für Kinder und Jugendliche war in diesem Jahr an Schulen und Bibliotheken unterwegs (Walluf, Eltville- mit passender Illustrationsausstellung, Brömserburg Rüdesheim) und bis zum Ende des Jahres sind Kiedrich und Waldems bereits vorgemerkt. Für das innovative Gesamtkonzept Umweltpädagogik – Literaturpädagogik – Medienpädagogik erhält die Weltretter-Bibliothek - to go den Hessischen Leseförderpreis 2021, der vom HMWK jährlich für außergewöhnliche Projekte der Leseförderung vergeben wird.

Zwei Bibliothekarinnen aus Waldems (Martina Göres und Helga Klaffke) wurden für Ihre jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit mit dem Ehrenamtspreis 2021 des Rheingau-Taunus-Kreises ausgezeichnet.

Tag der Bibliotheken

Alljährlich richtet der Tag der Bibliotheken seit 1995 am 24. Oktober die Aufmerksamkeit auf die mehr als 9.000 Bibliotheken in Deutschland mit ihren vielfältigen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Bibliotheken waren aufgerufen, sich am 24. Oktober 2021 als unverzichtbare Kultur- und Bildungseinrichtungen darzustellen. Der Rheingau-Taunus-Kreis beteiligt sich seit vielen Jahren mit einer kreisweiten gemeinsamen Aktion daran. In diesem Jahr habe ich, anstatt eine Bibliothek zu besuchen, allen Bibliotheken ein Bilderbuchgeschenk und den autorisierten Zugang zum passenden Bilderbuchkino überreicht. Allorten finden kleinere pandemiekonforme Veranstaltungen statt und die Kulturdezernentin Dorothee Nabrotzky ist als Vorleserin am 4. November 2021 in der Stadtbibliothek Idstein zu Gast.

Die Aktion „Buchstart“ der Stiftung Lesen geht in die nächste Runde

Mit „Lesestart 1–2–3“ sind in dieser Phase nach den Kinderärzten nun wieder die Bibliotheken dran. Aus dem Rheingau-Taunus-Kreis wurden insgesamt 965 Sets bestellt. Damit konnten etwa 65 Prozent der Altersgruppe (Dreijährige) im Kreis erreicht werden. Auf Anfrage der Hessischen Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken habe ich mich bereit erklärt, die Schirmherrschaft über Lesestart im Kreis zu übernehmen. Mehr Informationen unter <https://www.lesestart.de/bibliotheken/>

Bestellung der Behindertenbeauftragten beim Rheingau-Taunus-Kreis; Beschwerde / Eingabe der FWG-Kreistagsfraktion vom 8. September 2021

Die FWG-Kreistagsfraktion hat durch ihren Vorsitzenden das Verfahren zur Bestellung der Behindertenbeauftragten des RTK in Frage gestellt und dazu eine Eingabe / Beschwerde beim Hessischen Ministerium des Innern mit Datum vom 8. September 2021 eingereicht. Das HMdIS hat die Beschwerde zuständigkeitshalber an die Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums Darmstadt weitergeleitet.

Mit Verfügung vom 27. Oktober 2021 hat das Regierungspräsidium der FWG-Kreistagsfraktion mitgeteilt, dass nach Würdigung des gesamten Sachverhalts ein Rechtsverstoß bei dem Verfahren nicht erkennbar ist. Die Verfügung ging dem Kreis in Kopie zu und ist als Anlage II beigefügt.

Fachbereich II - Leistungsverwaltung

Netzwerk Wohnen RheingauTaunus

Am 21. Oktober 2021 hat der Strategieworkshop des „Netzwerk Wohnen RheingauTaunus“ im Kreishaus stattgefunden. Schwerpunktthemen waren die Entwicklung von Strategien, Vernetzung und Optimierung der Zusammenarbeit. Eine Übersicht über den Stand der interkommunalen Zusammenarbeit des „Netzwerk Wohnen RheingauTaunus“ und die Planungen für 2022 wurden vorgestellt. Diskutiert wurden u. a. Themen wie Öffentlichkeitsarbeit (muss intensiviert werden), die Marke „Netzwerk Wohnen RheingauTaunus“ und die Webpräsenz. Ein zentrales Ergebnis des Workshops ist der Wunsch, das Angebot flächendeckend für das gesamte Kreisgebiet anzubieten. Zehn Kommunen sind aktuell am Netzwerk beteiligt. Sieben Kommunen, für die es kein entsprechendes Angebot gibt, fehlen noch.

Dies kann auch der Pflegestützpunkt nicht übernehmen, da dieser nur Wohnberatung in Kombination mit einer Pflegeberatung anbietet. Ziel ist es, nun ein Wohnberatungsangebot für alle Bürger des Kreises anbieten zu können. Wie dies gelingen kann, wird Thema für die Zeit bis 2023 sein (Ende der IKZ-Förderung).

Unterstützung im Alltag – niedrigschwellige Unterstützungsangebote

Seit 2018, dem Inkrafttreten der Pflegeunterstützungsverordnung (PflUV), sind für die Anerkennung von niedrigschwelligen Angeboten die Landkreise zuständig. Es handelt sich um Leistungen der Pflegeversicherung, die dazu beitragen sollen, Pflegepersonen zu entlasten und helfen sollen, dass Pflegebedürftige möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können.

Die Praxis zeigte, dass zwar viele Anträge gestellt wurden, das Unterstützungsangebot aber durch den Landkreis nicht anerkannt werden konnte, weil die Anerkennungsvoraussetzungen nicht erfüllt waren. Die Vorgaben der PflUV enthielten hohe Hürden, die für die meisten Antragsteller nicht umsetzbar waren. Angebote zur Unterstützung im Alltag sind im Rheingau-Taunus-Kreis, wie in den meisten anderen hessischen Landkreisen, daher nur in geringer Zahl vorhanden. Gespräche mit dem HMSI haben stattgefunden, in denen die Situation dargestellt wurde.

Das Land Hessen reagierte und seit dem 1. Oktober 2021 ist eine geänderte PflUV in Kraft getreten, die die Hürden bei den Anerkennungsvoraussetzungen beseitigen soll. Auf Fachebene besteht die Sorge, dass mit einer Flut von Anträgen zu rechnen ist. Ob die neuen Regelungen jedoch zu mehr Anerkennungen führen und sich die Situation für die Pflegebedürftigen/Pflegenden verbessert, bleibt dabei aber abzuwarten.

Arbeitsmarktsituation

Die Arbeitslosenquote im Rheingau-Taunus-Kreis lag im September 2021 mit 4,0 Prozent weiterhin unter der landesweiten Quote von 4,9 Prozent und der bundesweiten Arbeitslosenquote von 5,4 Prozent.

Die Arbeitslosenquote und die absolute Zahl der arbeitslosen Personen sind im September 2021 gegenüber August 2021 gesunken. Während die Arbeitslosenquote im August 2021 noch bei 4,3 Prozent lag, sank sie im September 2021 um 0,3 Prozent auf 4,0 Prozent. Die Zahl der arbeitslosen Personen fiel von 4.266 auf 4.016 Personen.

Im Bereich des SGB II verringerte sich die Zahl der arbeitslosen Personen im September 2021 gegenüber dem Vormonat um 79 Personen auf 2.488 Personen. Die Arbeitslosenquote SGB II verringerte sich um 0,1 Prozent zum Vormonat auf 2,5 Prozent.

Im September 2021 betreute das Kommunale Job Center 4.209 Bedarfsgemeinschaften, damit hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 138 Bedarfsgemeinschaften verringert. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten innerhalb der Bedarfsgemeinschaften ist im Vergleich zum Vormonat um 8 Personen auf 6.018 Personen gestiegen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften hat sich im September 2021 gegenüber dem Vorjahresmonat um 206 verringert. Bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist gegenüber dem Vorjahresmonat eine Abnahme um 141 Personen zu verzeichnen. Die Zahl der arbeitslosen Personen im SGB II hat im Vergleich von September 2020 und September 2021 um 134 abgenommen.

Erleichterter Zugang zu SGB II-Leistungen

Der im Zuge der Corona-Pandemie über § 67 SGB II geregelte erleichterte Zugang zu SGB II-Leistungen läuft zum 31. Dezember 2021 aus. Ab Januar 2022 sind dann wieder die eigentlichen gesetzlichen Vorgaben des SGB II zur Berücksichtigung von Vermögen und zur Prüfung der Angemessenheit des Wohnraums anzuwenden.

Schulsozialarbeit

Basierend auf dem Beschluss des Kreistages zur Einführung von Schulsozialarbeit an Grundschulen wird im laufenden Schuljahr an sechs weiteren Standorten Schulsozialarbeit durchgeführt und von den aufgelisteten Trägern etabliert:

Emely-Salzig-Schule in Geisenheim	ab 1. November 2021	Hephata
Pfingstbachschule in Oestrich-Winkel	ab 1. November 2021	Hephata
John-Sutton-Schule in Kiedrich	ab 1. Dezember 2021	Hephata
Grundstufe IGS Obere Aar in Taunusstein-Hahn	ab 1. November 2021	VIE
Silberbachschule in Taunusstein-Wehen	ab 1. November 2021	JJ
Sonnenschule in Taunusstein-Neuhof	ab 1. Dezember 2021	JJ

An zwei Standorten ist es in diesem Jahr leider nicht gelungen, zum geplanten Start am 1. November 2021 geeignetes Fachpersonal zu verpflichten. An der John-Sutton-Schule in Kiedrich und an der Sonnenschule in Taunusstein-Neuhof wird die Schulsozialarbeit daher erst einen Monat später, zum 1. Dezember 2021, beginnen.

Aus aktuellen Rückmeldungen der Standorte an den weiterführenden Schulen werden zunehmend die Spätfolgen der Schulschließungen und des Distanzunterrichts deutlich: Die psychischen Probleme nehmen sowohl in ihrer Häufung als auch in ihrer Schwere zu. Es fehlt aber an Plätzen für langfristige Hilfe, wie z.B. ambulante Psychotherapie. Die Wartezeit auf einen Platz beträgt nicht selten ein halbes Jahr. Bis dahin ergeben sich in vielen Fällen tiefergreifende Problemlagen und die betroffenen Schülerinnen und Schüler sind durch schulabstinentes Verhalten immer schwerer zu erreichen.

Von Schwierigkeiten einen Praktikumsplatz zu finden, wird uns vor allem von Seiten der Beruflichen Schulen berichtet, aber teilweise auch von den Sekundarstufen I. Eine Ursache dafür wird darin gesehen, dass die Schülerinnen und Schüler durch pandemiebedingte längere Phasen des Distanzunterrichts die Kommunikationsfähigkeit im direkten Kontakt „verlernt“ hätten. Die Hemmschwelle, auf Ansprechpartner in Betrieben direkt oder per Telefon zuzugehen, sei erhöht. Bei den jüngeren Kindern in den Grundschulen und in den Klassenstufen 5 und 6 der weiterführenden Schulen liegt das größte Problem, das von Schulsozialarbeit beobachtet und mit aufgefangen wird, in der Entfremdung der Schülerinnen und Schüler untereinander und auch zu den Lehrkräften. Bedingt durch Distanz- und Wechselunterricht konnten gefestigte Klassenverbände kaum entstehen.

Jugendbildungswerk

Die Programmplanung für das Jahr 2022 hat begonnen. Nach der Corona-Pandemie soll es abwechslungsreiche Angebote für die Jugendlichen im Rheingau-Taunus-Kreis geben. Auch wird diesmal auf einige Outdoor-Veranstaltungen gesetzt (Fahrt nach Den Haag, Fahrt nach Berlin, Europapark, Gamescom in Köln, Festival Jugendbeteiligung, Kreativworkshop, ZDF, Rentier-Tour, Escape-Tour, Bubble-Soccer). Außerdem werden zwei Fortbildungen für Multiplikatoren angeboten und es ist ein Vernetzungstreffen der Jugendparlamente geplant.

Demokratie leben!

Die nächste Demokratiekonferenz wird am 26. November 2021 zum Thema „Queere Jugendliche im Rheingau-Taunus-Kreis“ in der Aula der Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach gemeinsam mit dem Jugendforum, den Jugendlichen aus dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem LSBT*IQ-Netzwerk Rhein Main stattfinden. Der Vorschlag zu diesem Thema kam von den Jugendlichen selbst.

FD II.7 Gesundheitsverwaltung

Das Gesundheitsamt hat seine originären Aufgaben wieder weitestgehend aufgenommen. Lediglich im amtsärztlichen Bereich bestehen bei der Bearbeitung von Gutachtenaufträgen noch Einschränkungen.

Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst

Im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurden die Anträge auf die Fördermittel für die Digitalisierung und für den Personalaufbau der Gesundheitsverwaltung fristgerecht gestellt.

Am 8. Oktober 2021 wurden im Rahmen des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst für den Rheingau-Taunus-Kreis Fördermittel in Höhe von 110.768,66 Euro bewilligt. Dem gestellten Antrag wurde somit in vollem Umfang stattgegeben und das für den Rheingau-Taunus-Kreis zur Verfügung stehende Budget ausgeschöpft.

Die Gesundheitsverwaltung stockt derzeit Personal im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst auf. So wurden in diesem Berichtszeitraum Stand 26. Oktober 2021 folgende Mitarbeitende eingestellt:

- Aufstockung der Verwaltungsleitung auf Vollzeit
- 1 stellvertretende Verwaltungsleitung in Vollzeit
- 1 Ärztin in Teilzeit (ab 1. November 2021)
- 1 Sozialpädagogin in Vollzeit
- 1 Hygieneinspektorin in Ausbildung (ab 1. Dezember 2021)

Eingliederungshilfe

Der Fachdienst Eingliederungshilfe befindet sich noch in der Konstituierungsphase. Aus diesem Grunde wird zurzeit eine Personalbedarfsbemessung durchgeführt, die zum einen den tatsächlichen Personalbedarf ermitteln, zum anderen aber auch die Effizienz der Arbeitsvorgänge überprüfen soll.

Im Bereich der Entgeltverhandlungen steht der Fachdienst zurzeit mit fünf Trägern in zeitintensiven Verhandlungen bezüglich des Abschlusses von Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen sowie der Kalkulation von Entgelten bzw. Vergütungssätzen. Dabei handelt es sich um drei stationäre und zwei ambulante Angebote der Eingliederungshilfe. Hinzu kommen die Neuabschlüsse von bestehenden Entgeltvereinbarungen aufgrund der entsprechenden Beschlüsse der Hessischen Vertragskommission.

Zum Modellprojekt „Sport und Inklusion“ wird Ende November 2021 eine Informationsveranstaltung mit Vertretern aller Träger von Angeboten der Eingliederungshilfe im Rheingau-Taunus-Kreis stattfinden, in deren Rahmen der Sportkreis in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst über den derzeitigen Stand des Projektes berichten wird sowie noch weitere interessierte Träger für das Projekt gewonnen werden sollen.

Gesundheitskoordination: KGC-Lernwerkstatt

Am 14. September 2021 fand in Frankfurt die Praxisorientierte Lernwerkstatt der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (KGC) mit dem Thema „Praxisorientierte Lernwerkstatt: Einführung in die Kriterien guter Praxis der sozialogenbezogenen Gesundheitsförderung“ statt. Der bundesweite Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit entwickelte bereits 2004 in diesem Rahmen zwölf Good Practice-Kriterien für die sozialogenbezogene Gesundheitsförderung. Inzwischen beziehen sich auch der Leitfaden Prävention (2015) sowie die verschiedenen Fördermöglichkeiten des GKV-Bündnisses für Gesundheit sowie der einzelnen Krankenkassen darauf.

FAZ-Konferenz

Ganztägig hybrid fand am 23. September 2021 die Frankfurter FAZ-Konferenz in Kooperation mit der Robert Bosch-Stiftung statt. Themen waren u. a. internationale alternative Versorgungskonzepte am Beispiel Kanada und Schweden, „Advanced Practice Nurses“ als Ergänzung ambulanter Versorgung und Perspektiven stationärer Versorgung im digitalen Zeitalter.

Beteiligungsworkshop

Die HAGE lud am 30. September 2021 – in Kooperation mit der Auridis-Stiftung – zu einem halbtägigen, digitalen Beteiligungsworkshop für kommunale Fachexperten mit dem Thema „Gelingendes Aufwachsen von Kindern – Aufbau von Präventionsketten von 0-10 Jahren“ ein. Es ging darum, Wissen und Erfahrungen der Präventionsarbeit aus der Perspektive verschiedener Ressorts und Kommunalebenen zu sammeln. In einem weiteren Schritt wurden strukturelle Rahmenbedingungen von Präventionskettenprogrammen (z. B. bestehende Organisations- und Vernetzungsstrukturen, Bedarfe bei der konzeptionellen Umsetzung sowie Finanzierungs- und Nachhaltigkeitsaspekte) diskutiert.

Lenkungsgruppe „Masterplan Gesundheit“

Am 11. Oktober 2021 tagte erstmals die Lenkungsgruppe „Masterplan Gesundheit“. Die Gesundheitskoordinatorin stellte die seit Mitte 2020 umgesetzten Aktivitäten und Maßnahmen sowie künftige Planungen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis vor. Besonderes Augenmerk soll künftig auf die Vernetzung u. a. in Form eines weiteren Weiterbildungsverbundes Allgemeinmedizin im Rheingau-Taunus-Kreis gelegt werden. Insgesamt ist mehr Öffentlichkeitsarbeit gewünscht.

Fachbereich III – Ordnungsverwaltung

Ausländerbehörde, Personenstandswesen

Im Rahmen des hessischen Förderprogramms zur Beschleunigung und Vereinheitlichung der Digitalisierung der Ausländerbehörden ist das Projekt nun auch in unserer Behörde in enger Zusammenarbeit mit dem Fachdienst EDV gestartet worden. Neben Schulungsmaßnahmen und Ergänzung der EDV wird ein Schwerpunkt in der Vorbereitung der etwa 25.000 Bestandsakten liegen, die nach einem gewonnen Ausschreibungsverfahren von der Fa. Scanfabrik aus Gütersloh digitalisiert werden. Für die Durchführung hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport einen Förderbeitrag in Höhe von Euro 43.750 Euro bewilligt. Der Abschluss der Maßnahme ist für Ende Mai 2022 geplant.

Umwelt

Seit dem Jahr 2020 sind die Walluf, der Kiedricher Bach, der Breithardter Bach, der Elsterbach und der Kesselbach Teil des Programms „100 Wilde Bäche für Hessen“. Trotz der pandemiebedingten Einschränkungen laufen derzeit zur Walluf, dem Kiedricher und dem Breithardter Bach die Recherchen und Vorabstimmungen zu den erforderlichen Renaturierungsmaßnahmen zwischen den betroffenen Kommunen, den Wasser- und Naturschutzbehörden sowie der Hessischen Landgesellschaft.

Leitstelle

Die Leitstelle wird in den nächsten Wochen komplett mit neuer Technik durch das Land Hessen ausgestattet. Dazu sind räumliche Veränderungen nötig und bereits angestoßen.

Rettungsdienst

Zum 1. Januar 2022 wird der Rettungsdienst und Krankentransport neu beauftragt. Veränderungen durch mangelhafte Leistungserbringung werden umgesetzt.

Brand- und Katastrophenschutz

Beschaffung neuer E-Learning-Ausstattung für die Kreisausbildung, Digitalisierung der Führungsunterstützung und umfangreiche Veränderungen im Bereich des Führungsdienstes werden aktuell umgesetzt.

Bauaufsicht, Denkmalschutz

Im Fachdienst Bauaufsicht gibt es keine neuen Erkenntnisse zur Digitalisierung. Das zuständige Ministerium bereitet weiter die entsprechende Software zur Erstellung und Bearbeitung von digitalen Anträgen vor.

Der Fachdienstleiter scheidet zum 31. Dezember 2021 aus dem Dienst in den Ruhestand aus. Aufgrund von Urlaub und Überstunden ist der letzte Arbeitstag bereits der 26. November 2021. Die Nachfolge ist geregelt.

Afrikanische Schweinepest (ASP)

Der Rheingau-Taunus-Kreis zeigt sich beim Wildschweinepest Monitoring sehr engagiert und liegt dauerhaft auf Rang 2 bis 3 der Landkreise, die Blutproben zur Untersuchung einsenden. Die Jagdarausübungsberechtigten werden bei Ausgabe der Wildursprungsmarken gebeten, je nach Abschüssen, 5 Blutproben im Quartal pro Revier zu ziehen.

Die Standorte Abwasserverband Oberer Rheingau in Eltville-Hattenheim, Kläranlage Beuerbach in Hünstetten und Kläranlage Laufenselden in Heidenrod wurden nach entsprechender Ortsbegehung, unter Berücksichtigung der erforderlichen Voraussetzungen eines Kadaversammelplatzes, als diese für den Rheingau-Taunus-Kreis ausgewählt. Die zuständigen Personen / Ansprechpartner wurden darüber schriftlich in Kenntnis gesetzt.

Krisenstab und Verwaltungsstab wurden, in enger Zusammenarbeit mit FD III.3, vorbereitet. Der Havarieplan wurde aktualisiert.

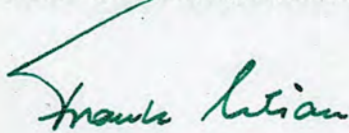
Vertreterinnen und Vertreter des Veterinäramtes bilden sich regelmäßig in Online-Schulungen zum Thema ASP fort. Hierzu zählte auch eine Multiplikatorenschulung zur Bergung von Wildschweinekadavern. Diese Inhalte gilt es eigenständig in Zukunft an Freiwillige

(intern und extern) weiterzugeben, damit im Krisenfall eigene Bergeteams eingesetzt werden können.

Das notwendige Equipment für die Bergeteams wurde bereits in der Vergangenheit beschafft. Hierzu zählen beispielsweise ein auslaufsicherer und leicht zu desinfizierender PKW-Anhänger zum Abtransport von Kadavern, Bergeschlitten, Kadavertonnen, Persönliche Schutzausrüstung etc. (Aufzählung nicht abschließend).

Darüber hinaus nehmen Vertreterinnen und Vertreter des Veterinäramtes an den von RP und HMuKLV angebotenen (Online)Tierseuchenübungen teil. Die letzte erfolgreiche Teilnahme war am 14. September 2021. Die nächste Online Tierseuchenübung wird am 23. November 2021 stattfinden.

Bad Schwalbach, 2. November 2021



Frank Kilian
Landrat

ANLAGE I: Bericht über die Arbeit des Krisenstabes zur Bekämpfung des Corona-Virus im Rheingau-Taunus-Kreis

Derzeitige Mitglieder des Krisenstabes und Fachberater für den jeweiligen Bereich:

- Herr Landrat Kilian
- Herr erster Kreisbeigeordneter Willsch
- Frau Dr. Wilhelm als Leiterin des Gesundheitsamtes
- Frau Seifert als stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes
- Herr Rossel als Fachdienstleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
- Herr Oswald als stellvertretender Fachdienstleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
- Herr Schardt als Fachbereichsleiter Zentrale Steuerung
- Frau Pendelin als stellvertretende Fachbereichsleiterin Ordnungsverwaltung
- Frau Schmidt als Fachbereichsleiterin Leistungsverwaltung und Leitung des Krisenstabes
- Herr Bachmann als Leiter des Stabsbüros des Landrates
- Herr Dr. Zehler als Pressesprecher der Verwaltung
- Frau Dorn als Vertreterin der Pressestelle für Social Media und Homepage
- Frau Witzel und Frau Grund-Thorn als Vertreterinnen des Bürgertelefons
- Herr Schumann, Herr Krähling und Herr Engelbach für die Schriftführung

Der Krisenstab wird einmal wöchentlich durch die Kompetenzen externer Fachberater erweitert. Zusätzlich nehmen am Verwaltungsstab teil:

- Herr Bürgermeister Zapp als Vertreter der Bürgermeister im Landkreis
- Herr Kriminalhauptkommissar Heßberg als Vertreter der Polizeidirektion

Die Vertreter der Bundeswehr und des THW nehmen seit dem Beginn der Sommerferien 2020 nicht mehr an den Sitzungen des Verwaltungsstabes teil, sondern erstatten schriftlich Bericht.

Seit der Einrichtung bis zum Berichtsdatum hat der Krisenstab 197 und der Verwaltungsstab 80 Sitzungen absolviert. Seit der 38. Kalenderwoche 2021 tagt der Krisenstab nur noch einmal wöchentlich und der Verwaltungsstab in 14-tägigem Rhythmus.

In den letzten Wochen wurden folgende Schwerpunktthemen im Krisen- und Verwaltungsstab bearbeitet:

1. Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger

Bereits Ende Februar 2020 wurde ein Corona-Bürgertelefon eingerichtet. Dies war erforderlich, um die Fragen der Bürgerinnen und Bürger fachlich kompetent und zeitnah beantworten zu können. Insgesamt haben bisher ca. 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Bürgertelefon mitgewirkt. Zum 28. Juni 2021 wurde das Corona-Bürgertelefon aufgelöst und die Beratung der Bürgerinnen und Bürger wieder direkt an das Gesundheitsamt angegliedert. Im Jahr 2020 wurden insgesamt 8.670 und bis 29. Oktober 2021 weitere 14.414 Anrufe angenommen. Die Bürgerinnen und Bürger wendeten sich sowohl mit ihren Sorgen als auch mit inhaltlichen Fragen zur Pandemie ans Corona-Bürgertelefon, bzw. nun an das Gesundheitsamt.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Im Krisenstab wird auch die Pressearbeit zum Thema Corona koordiniert und die Bevölkerung über die aktuellen Geschehnisse informiert. Dabei besteht der Anspruch, zeitnah und transparent zu informieren, um Gerüchten und Spekulationen vorzubeugen.

Die Infektionszahlen werden einmal wöchentlich mittwochs und die 7-Tages-Inzidenz täglich auch an den Wochenenden in einer Liste nach Städten und Gemeinden aufgeteilt auf der Homepage, auf Facebook und auf Instagram veröffentlicht. Ebenso wird täglich die Anzahl der im Impfzentrum durchgeführten Schutzimpfungen und einmal wöchentlich die Anzahl der Impfdurchbrüche der letzten 7 Tage bekannt gegeben. Daran wird auch vorerst festgehalten, auch wenn die 7-Tage-Inzidenz in Hessen seit dem 16. September 2021 keine relevante Größe für Beschränkungsregelungen mehr ist. Auf der Homepage wurde zudem ein gesamter Bereich zum Thema Corona angelegt, in dem die Bürgerinnen und Bürger viele nützliche Informationen finden. In den Social Media wird ebenfalls transparent über die aktuellen Ereignisse zum Thema Corona berichtet. Aus dem daraus entstehenden Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger konnte eine direkte Schnittstelle zum Krisenstab aufgebaut werden.

3. Absonderung von erkrankten Personen und Ermittlung von Kontaktpersonen

Der Bericht des Gesundheitsamtes eröffnet jede Sitzung des Krisenstabes und beschreibt das aktuelle Infektionsgeschehen, die getroffenen Quarantänemaßnahmen und die Nachverfolgung der Kontaktpersonen. Dank der personellen Aufstockung des Gesundheitsamtes mit weiterem externen Personal und der Unterstützung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Fachbereichen und Fachdiensten der Kreisverwaltung sowie zeitweise der Bundeswehr war eine zeitnahe Kontaktpersonennachverfolgung jederzeit möglich (siehe dazu auch Punkt 10).

4. Umsetzung der Verordnungen der Landesregierung zur Bekämpfung des Corona-Virus und die eigenen Allgemeinverfügungen des Rheingau-Taunus-Kreises

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit in den Stäben ist die inhaltliche Besprechung der eigenen Allgemeinverfügungen des Rheingau-Taunus-Kreises und die inhaltliche Umsetzung der Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus, welche das Land Hessen auf Basis des Infektionsschutzgesetzes als Rechtsverordnung erlassen hat

Am 22. Juni 2021 verkündete die Landesregierung die neue Corona-Schutzverordnung, die zum 25. Juni 2021 in Kraft trat und alle vorherigen Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus aufhob. Damit wurde die gesamte Regelungsmaterie in einer neuen Verordnung zusammengefasst. Weitere Veränderungen erfolgten mit fünf Änderungsverordnungen, zuletzt am 11. Oktober 2021 mit Wirkung ab 14. Oktober 2021. Das hessische Eskalationskonzept, das die Grundlage für die Allgemeinverfügungen des Rheingau-Taunus-Kreises bildete, wurde außer Kraft gesetzt, weshalb der Erlass von Verordnungen nun alleine beim Land Hessen als Ordnungsgeber liegt.

5. Sicherstellung des Transportes mit dem Rettungsdienst in geeignete Kliniken und Sicherstellung von Betten- und Beatmungskapazitäten in den Kliniken

Der Rettungsdienst berichtet dem Krisenstab regelmäßig über seine Einsätze mit dem Index Corona und über die verfügbaren Behandlungskapazitäten. Bisher ist es zu keiner nennenswerten Einschränkung der Betriebsfähigkeit des Rettungsdienstes gekommen.

6. Betrieb und Rückbau des Impfzentrums, sowie Fortsetzung der Impfkampagne im Rheingau-Taunus-Kreis

Bis zur Schließung des Impfzentrums am 30. September 2021 sind dort 119.942 Impfungen verabreicht worden: 60.951 Erst-, 56.842 Zweit- und 1.500 Drittimpfungen, sowie 649 Einmalimpfungen. 17.025 Impfungen wurden von mobilen Teams vor Ort durchgeführt.

Ab Anfang Oktober wurde das Impfzentrum zurückgebaut und die große Halle grundgereinigt, sodass nach den Herbstferien der Schulsport und der Vereinssport in der großen Halle wiederaufgenommen werden konnten.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat mit dem Dienstleister Ecocare/Ecolog eine Vereinbarung zum Einsatz von zwei mobilen Impfteams mit einer Laufzeit bis zum 30. April 2022 geschlossen. Diese mobilen Impfteams sollen in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt und der Impfallianz die Impfzettel schließen, die von den Hausärzten nicht versorgt werden können. Die mobilen Impfteams haben bisher Impfaktionen an drei Schulen und zwei Orten in Idstein und Rüdesheim allgemein, sowie für Personal in zwei Altenpflegeheimen und einem Krankenhaus durchgeführt. Geprüft wird derzeit eine Impfaktion zur Drittimpfung von Polizei, Feuerwehr, Lehrkräften und KiTa-Personal.

In der kleinen Sporthalle am Wiesweg in Eltville wird von einem der mobilen Teams täglich für mehrere Stunden als befristetes Pilotprojekt (18. Oktober bis 30. November 2021) eine Impfstation betrieben, die ohne vorherige Terminabsprache aufgesucht werden kann. Im Zeitraum 1. bis 19. Oktober 2021 wurden von den mobilen Teams 460 Impfungen und in der Impfstation in Eltville in den ersten drei Betriebstagen knapp 200 Impfungen verabreicht.

7. Beschaffung und Verteilung von Schutzausrüstung und Materialien

Am 23. und 25. August 2021 wurde persönliche Schutzausrüstung (PSA) vom Land Hessen angeliefert. Die erste Lieferung wurde an die Städte und Gemeinden verteilt, die zweite Lieferung an die Krankenhäuser im Rheingau-Taunus-Kreis ausgegeben.

Am 29. September 2021 wurden vom Land Hessen 29 Paletten PSA zum Aufbau einer dezentralen Reserve angeliefert. Daraus können bei Bedarf die Träger der stationären und ambulanten Altenpflege, der Eingliederungshilfe, der Jugendhilfe, der Drogenhilfe und der Wohnsitzlosenhilfe, des Rettungsdienstes und die Gesundheitsämter versorgt werden.

8. Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen in Schulen und KiTas

Die KiTas befinden sich im Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen. An den Schulen findet Präsenzunterricht statt. Seitens des Kreises als Schulträger und seitens der öffentlichen und freien Träger der Kindertagesstätten wurden die Fördermittel des Landes aus dem Sondervermögen „Hessens gute Zukunft sichern“ verausgabt um die Voraussetzungen dafür zu schaffen. So wurden u.a. für 655 Unterrichtsräume Luftreinigungsgeräte angeschafft. An die Städte und Gemeinden wurde fast eine halbe Million Euro aus o. g. Sondervermögen zur Ausstattung der Kindertagesstätten weitergeleitet.

Aufgrund des Infektionsgeschehens in den Kindertagesstätten hat das Gesundheitsamt empfohlen, dass die Eltern ihre Kinder zweimal wöchentlich vor dem Besuch der Kindertagesstätte testen. Das Land Hessen übernimmt hierfür 50% der Kosten. Der Kreistag hatte in seiner Sitzung am 11. Mai 2021 beschlossen, dass der Rheingau-Taunus-Kreis die anderen 50% der Kosten für zwei Tests pro Kind pro Woche übernimmt, solange dies auch durch das Land Hessen geschieht. Da das Land Hessen seine Zusage bis zum 4. Februar 2022 verlängert hat, folgt dem auch der Rheingau-Taunus-Kreis.

Eine Hochrechnung zu den Kosten der Tests zeigt, dass die vom Land Hessen im Mai 2021 dem Rheingau-Taunus-Kreis zugewiesenen Mittel durch die mittlerweile günstigeren Tests bis Anfang Februar nächsten Jahres auskömmlich sein dürften.

9. Personelle Situation des Gesundheitsamtes

Das Gesundheitsamt wird mit Stand vom 27. Oktober 2021 wie folgt personell verstärkt: 13 befristete Neueinstellungen des Kreises, 11 Abordnungen des Bundesverwaltungsamtes/RKI (Containment-Scouts), 1 Abordnung aus der Gemeinde Schlangenbad. Die Bundeswehr wurde bisher nicht wieder um Amtshilfe gebeten.

Aus der Kreisverwaltung sind 4 Personen aus anderen Organisationseinheiten ganz oder teilweise in das Gesundheitsamt abgeordnet worden. Weiterhin wurden eine Schnelle-Hilfe-Gruppe 2021 mit insgesamt 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung gebildet, die bei Belastungsspitzen zur Kontaktnachverfolgung auch an Wochenenden kurzfristig zugeschaltet werden können. Dies bedeutet natürlich, dass sich einerseits über das Gesundheitsamt hinaus auch in anderen Organisationseinheiten viele Überstunden ansammeln, und andererseits, dass die Serviceleistungen der Kreisverwaltung in anderen Bereichen nicht in gewohntem Umfang zur Verfügung stehen können.

10. Aktuelle Lage, Stand 2. November 2021, 6:00 Uhr

Mit Stand vom 2. November 2021 lag die 7-Tage-Inzidenz im Rheingau-Taunus-Kreis bei 66,7 (bundesweit 153,7) bei 125 Neuinfektionen in den letzten 7 Tagen.

Für die Bestimmung der Beschränkungsregelungen sind seit dem 16. September 2021 jedoch zwei andere Werte maßgeblich, die hessenweit ermittelt werden: Mit dem aktuellen Stand im Bulletin des HMSI beträgt die Hospitalisierungsinzidenz in Hessen 3,59 pro 100.000 Einwohner. Mit letztem Stand vom 31. Oktober 2021 sind in Hessen 180 Betten auf Intensivstationen mit Patienten mit einer COVID-19-Erkrankung belegt. Weitergehende Schutzmaßnahmen ergreift das Land Hessen, wenn die Hospitalisierungsinzidenz den Wert von 8 übersteigt oder mehr als 200 Intensivbetten mit an COVID-19 erkrankten Personen belegt sind.

ANLAGE II

Regierungspräsidium Darmstadt

Duplikat

HESSEN



I 12/10

L 2, K.

28. Oktober 2021

Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt

FWG Rheingau Taunus
Hundsgasse 33
65321 Heidenrod

Unser Zeichen: **RPDA - Dez. I 16-07 q 04/1-2021/41**
Dokument-Nr.: **2021/1315959**
Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: **8. September 2021**
Ihr Ansprechpartner: **Renate Schraut**
Zimmernummer: **242**
Telefon/Fax: **06151 12 6322/ 06151 12 4610**
E-Mail: **renate.schraut@rpda.hessen.de**
Datum: **27. Oktober 2021**

**Bestellung des Behindertenbeauftragten beim Rheingau-Taunus-Kreis;
Ihre Eingabe vom 8. September 2021 an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat Ihre oben genannte Eingabe mit Schreiben vom 16. September 2021 zuständigkeithalber an die Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums Darmstadt weitergeleitet.

Der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises wurde daraufhin von mir um Stellungnahme zu den von Ihnen erhobenen Vorwürfen gebeten.

Diese Stellungnahme liegt mir nunmehr vor. Das Verfahren für die Bestellung der Behindertenbeauftragten des Rheingau-Taunus-Kreises wurde in diesem Zusammenhang schlüssig dargelegt.

Nach Würdigung des Sachverhalts stelle ich fest, dass ein Rechtsverstoß nicht erkennbar ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez.
Renate Schraut

Bitte beachten Sie, dass wir im Rahmen Ihrer Eingabe personenbezogene Daten speichern. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte unserem Informationsblatt Datenschutz, das auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Darmstadt unter <https://rp-darmstadt.hessen.de/sicherheit/kommunalaufsicht> hinterlegt ist.

Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2 Kollegengebäude
64283 Darmstadt

Internet:
www.rp-darmstadt.hessen.de

Serviczeiten
Mo – Do
Freitag

Telefon
Telefax

8.00 bis 16.30 Uhr
8.00 bis 15.00 Uhr

06151 12 0 (Zentrale)
06151 12 6347 (allgemein)

Finstenbriefkasten
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt

Öffentliche Verkehrsmittel
Haltestelle Luisenplatz



- 2 -